

„PRO Deutschland“- Berlin – Wahl-Hetz-Veranstaltung stoppen!

Keinen Fußbreit den Nazis und Rassisten!

Am 18. September finden in Berlin die Wahlen zum Berliner Senat statt. Zur Wahl stellt sich auch in vielen Bezirken die „Bürgerbewegung pro Deutschland“. Ihr Wahlprogramm ist ein Sammelsurium von alt-bekanntem faschistischen Demagogien: Wie die Hitler-Nazis wird mit „sozialer nationalistischer“ Phrase gegen „Turbo-Kapitalismus“, „Börsencasino“ und profitgierige Banker gewettert. Gefordert wird eine national-deutsche „Volksgemeinschaft“. Eine „gerechte“ Arbeitswelt, Mindestlohn und Schutz vor Billig-Konkurrenz aus dem Ausland“ wird verlangt. Pro Deutschland will die „Polizei stärken und „härteres Durchgreifen der Justiz“ in „kriminellen Brennpunktgebieten, den Zuwanderer-Ghettos“. Ebenso wie die „zwingende Abschiebung aller ausländischer Straftäter.“ Im Fahrwasser der „Eugenik-Theorien“ von SPD-Mitglied, Herrn Sarrazin über die „mangelhaften Gene“ von Migrantengruppen warnt „Pro Deutschland“ vor dem „demographischen Dschihad“. Alle Forderungen sind also verwoben mit einer aggressiven, faschistischen Hetze gegen Migranten, gegen den Islam, und gegen alles ‚Nicht-Deutsche‘. Das steht im Mittelpunkt ihrer Politik.

Ganz legal dürfen diese Krawatten-Faschisten alle Register menschenverachtender und rassistischer Stereotypen ziehen. „Berlin ist schwer belastet durch kulturfremde und nicht integrierbare Zuwanderer.“ Sie stehen in guter Gefolgschaft. Im Machwerk von Herrn Sarrazin, SPD Mitglied heißt es: „Die kulturelle Fremdheit muslimischer Migranten“. (Deutschland schafft sich ab) Im Klartext heißt das, es gibt nur eine wirkliche Kultur, die Deutsche. Alle anderen sind kulturlos.

Wahlprogramm-Forderungen wie „Islamisierung stoppen *Grundgesetz statt Scharia - Nein zur islamischen Parallelgesellschaft*“ gießen die Thesen von Sarrazin in faschistische Kampfslogans. Die Neo-Faschisten von „Pro Deutschland“ berufen sich in ihrem Wahlprogramm auch genüsslich auf die Politik der SPD: „Im Jahre 1973 verfügte die Regierung Willy Brandt den Stopp der bis dahin etwa anderthalb Jahrzehnte betriebenen Anwerbung von ‚Gastarbeitern‘ die letzte souveräne Entscheidung einer deutschen Bundesregierung in der Einwanderungspolitik.“

Das ist nur ein Beleg für die Tatsache: die Faschisierung in der BRD geht schon seit vielen Jahren vom Staat aus. Die NPD, die Wölfe im Schafspelz von „Pro Deutschland“, und andere Naziorganisationen sind lediglich die Sturmtrupps. Aber die Umsetzung in der Gesellschaft erfolgt durch bürgerliche Politiker und Parteien. Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen die barbarischen Pogrome gegen Migranten hätte es nicht gegeben, wenn nicht im Vorfeld von allen bürgerlichen Parteien eine gezielte Hetzkampagne gegen Migranten und Flüchtlinge, losgetreten worden wäre.

Christliche Herrenmenschen-Ideologie angreifen!

„Abendland in Christenhand“ ist auch ein zentrales Wahlkampfmotto von „Pro Deutschland“. Im atheistischen Berlin halten sie sich in ihrem Wahlprogramm damit taktisch etwas zurück. Für die Schulen fordern sie offensiv „Christlich-abendländische Wertevermittlung“. Diese Werte sind allseits bekannt: Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, Inquisition, Zwangs-Missionierung Lateinamerikas, Afrikas und Asiens mit Kreuz und Schwert, Krieg und Elend. Ein stolzes Register! Die industrielle Vernichtung von Millionen europäischer Juden und Roma/Sinti durch den Hitler-Faschismus, Ausrottungsfeldzug der Nazi-Armee gegen die slawischen Völker, auch das mit dem Segen der christlichen Kirchen! Auf welchen moralischen Werten sich die katholische Kirche heute bewegt, zeigten die letzten Jahre. Sexuelle Gewalt gegen Kinder von Irland bis in die USA, von Italien bis Deutschland – das ist die ‚Christenhand‘! Auf diese Werte des Abendlandes wird sich also berufen, und im Gegenzug wird der Islam verteufelt und

dämonisiert. Welche ekelhafte Heuchelei!

„Pro Deutschland“ veranstaltet in Berlin eine Kampagne nach der anderen gegen den Bau von Moscheen. Wir als KommunistInnen sagen: Der Islam ist so reaktionär, so verblendet, so frauenfeindlich, so rassistisch und missionarisch wie alle anderen Religionen auch. Wir sind gegen Religionen, die Opium des Volkes sind. Die Werktätigen werden mit Heilsversprechen abgespeist, damit sie ihre eigene Unterdrückung als ‚gottgewollt‘ hinnehmen. Die Herrschenden setzen die Religion ein, um die Unterdrückten auf ihre Seite zu ziehen, sie gegen andere Religionen aufzustacheln und sie in Kriege zu hetzen.

Nur der Atheismus ist gelebter Humanismus und verspricht den Menschen kein Paradies im Himmel. Solange es aber Religionen gibt, solange werktätige Menschen den Glückversprechungen von Religionen anhängen, solange fordern Demokraten und wir, RevolutionärInnen, dass Religion Privatsache jedes/r Einzelnen ist. Voraussetzung dafür ist die grundlegende Trennung von Kirche und Staat. Der Staat muss sich neutral zu allen Religionen verhalten. Er muss gleiches Recht zur Religionsausübung für alle Religionen gewährleisten. Also das Recht auf Hindutempel für Hindus, Moscheen, für Muslime, Synagogen für Juden, Kirchen für Christen – für Menschen aller Nationalitäten und Religionen, die in der BRD leben.

SPD – LINKE – Bündnis90/GRÜNE Vorkämpfer gegen NAZIs?

Die Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg, der grüne Bürgermeister Schulz, die SPD, die LINKE und Bündnis90/Grüne mobilisieren gegen die Wahlkampfveranstaltung von „Pro Deutschland“, Landesverband Berlin im ehemaligen Rathaus Kreuzberg. Mobilisiert wird unter dem Motto „Bunt statt Braun“. Im Aufruf heißt es: „Für eine weltoffene Stadt gegen Rassismus, Hetze und Nationalismus“. „Vielfältig und friedlich“ soll ihnen im Rathaus Kreuzberg entgegengetreten werden. „Pro Deutschland“ werden als „Rechtspopulisten, die versuchen gesellschaftliche Auseinandersetzungen rassistisch aufzuladen“ und BürgerInnen „ausgrenzen“, eingeschätzt. Hier beginnt schon die Verharmlosung. Kein Wort über die tatsächlich faschistische Hetze und Ideologie von „Pro Deutschland.“ Kein Wort über den gezielten Rassismus gegen Menschen mit arabischer und türkischer Herkunft/Wurzeln. Kein Wort über den aggressiven „Antiislamismus“.

Aber das ist auch kein Wunder. Noch nicht einmal zwei Monate ist es her, als am 14. Mai 2011, gerade um die Ecke vom Rathaus Kreuzberg, die Polizei des regierenden SPD/LINKE-Senates einen Nazi-Aufmarsch am U-Bahnhof Mehringdamm „beschützte“. Die „Staatsmacht“ sah zu wie Migranten von Nazis mit Stöcken zusammengeschlagen und getreten werden. Der Nazi-Aufmarsch wurde von diesem Senat und seiner Bullerei einfach geheim gehalten. Migranten und Antifaschisten wurden wissentlich der Nazi-Gewalt ausgesetzt und von diesen regelrecht gejagt. „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ hallte es durch Kreuzberg. Das ist der Alltag in dieser Stadt. Ebenso wie es Alltag der SPD/LINKE Regierungspolitik ist, dass Sinti/Roma in den Kosovo abgeschoben werden. Ebenso wie die menschenverachtenden Lebensbedingungen in Flüchtlingsheimen. Ganz zu schweigen von SPD-Sarrazin. Die LINKE als Regierungspartei sind Salon-Antifaschisten. Ihre Regierungstätigkeit spricht eine andere Sprache. Wenn voraussichtlich ROT/GRÜN im September den nächsten Senat stellt, werden sie keine andere Politik machen.

Den Kampf gegen Nazis, gegen Faschisierung durch den Staat, gegen Rassismus und Faschismus müssen wir Werktätigen führen! Nicht auf bürgerliche Parteien vertrauen, sondern auf unsere eigene Kampfkraft.



Für eine breite Kampffront aller antifaschistischen und antirassistischen Gruppen, Organisationen und EinzelkämpferInnen!

Nazis bekämpfen! Kapitalismus zerschlagen!

Sozialismus erkämpfen!

TROTZ ALLEDEM!

Juni 2011 Kontakt: Postfach 48, 73550 Waldstetten trotz.alledem@gmx.net
www.trotzalledem.tk

V.i.S.d.P: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln